

Chronologie

Mai / Juni 2004*

Mai

3.5. Arbeits- und Sozialminister *Jean-Louis Borloo* kündigt in einer Sendung des Fernsehsenders „France 2“ eine Einigung mit den Gewerkschaften und Arbeitgebern zur Reform des Arbeitslosengeldes für Langzeitarbeitslose an. Die im Dezember 2002 beschlossene und vom 1. Januar 2004 an geltende Reform, das Arbeitslosengeld statt nach 30 Monaten Arbeitslosigkeit schon nach 23 Monaten zu kürzen, betrifft nach dieser Revision nicht mehr diejenigen Arbeitslosen, die schon vor Ende 2002 arbeitslos gemeldet waren. Zur Finanzierung der zusätzlichen Kosten soll der Arbeitslosenkasse Unédic die Rückzahlung eines Staatskredits von 1,2 Milliarden Euro aus dem Jahr 1993 vorläufig erlassen werden.

3.5. Mit Ablauf des Übernahmeangebots von Air France haben über 89 Prozent der Aktionäre der niederländischen Fluggesellschaft KLM ihre Unternehmensanteile gegen Air-France-Aktien getauscht. Damit ist der Zusammenschluss von Air France und KLM zum weltweit umsatzstärksten Luftfahrtkonzern (19,2 Milliarden Euro 2002–2003) abgeschlossen. Mit der Übernahme sinkt der Staatsanteil von 54,4 Prozent bei Air France auf 44,7 Prozent beim neuen Unternehmen.

4.5. Auf einer Pressekonferenz erläutert Wirtschafts- und Finanzminister *Nicolas Sarkozy* einen 20-Punkte Plan zur Sanierung des Staatshaushalts und zur Wachstumsförderung. Zentrale Elemente des Plans sind eine Stärkung der Nachfrage durch niedrigere Verbraucherpreise, die Reduzierung der Neuverschuldung unter die durch den EU-Stabilitätspakt vorgeschriebene Grenze von drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes bis 2005 sowie die gezielte Förderung von Spitzenunternehmen

durch eine aktivere Industriepolitik. Die Staatsausgaben sollen 2004 und 2005 eingefroren werden. Darüber hinaus soll die Privatisierung von Staatsunternehmen vorangetrieben werden, um die öffentliche Verschuldung Frankreichs (992 Milliarden Euro im Jahr 2003) zu verringern.

5.5. Im Beisein des französischen und des italienischen Premierministers *Jean-Pierre Raffarin* und *Silvio Berlusconi* wird ein Regierungsabkommen zwischen Frankreich und Italien über eine neue TGV-Strecke zwischen Lyon und Turin unterzeichnet. Die Strecke soll frühestens 2015 in Betrieb genommen werden. Die Kosten von 12,5 Milliarden Euro werden zu gleichen Teilen von beiden Ländern getragen.

5.5. In der Zeitung „Le Monde“ veröffentlicht der Vorsitzende der UMP, *Alain Juppé*, einen Artikel, in dem er erklärt, dass die Türkei, Russland und die Ukraine nicht Mitgliedstaaten der EU werden dürften, da es sonst zu einer Auflösung der Union kommen könne. Diese drei Staaten seien historisch und kulturell nicht Teil der europäischen Familie und teilten nicht das Projekt eines europäischen Europa. Statt einer Mitgliedschaft schlägt *Juppé* der Türkei eine „privilegierte Partnerschaft“ vor.

7.5. Nach Investitionen von 10,7 Milliarden Dollar startet der deutsch-französische Konzern Airbus die Produktion des größten zivilen Luftfahrzeuges A 380 in Toulouse. Der A 380 wird bis zu 800 Passagiere befördern können. Der Anschaffungspreis wird bei etwa 250 Millionen Euro pro Stück liegen.

7.5. Premierminister *Raffarin* schlägt eine Steueramnestie für illegal ins Ausland transferiertes Geld vor. Un-

* Zusammengestellt vom Programm Frankreich / deutsch-französische Beziehungen der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Berlin.

versteuert im Ausland angelegtes Vermögen soll bei Zahlung einer pauschalen Abgabe nicht nachversteuert werden, um so die Eigentümer zu einem Kapitaltransfer nach Frankreich zu bewegen. In Anlehnung an die Erfahrungen mit der belgischen und italienischen Gesetzgebung – in Italien flossen seit November 2001 insgesamt 57 Milliarden Euro an Schwarzgeld zurück in die Wirtschaft – hofft *Raffarin*, steigende Sozialausgaben durch das zusätzliche Kapital zu finanzieren.

9.5. Bei der Versammlung des nationalen Rates der UMP fordern Wirtschafts- und Finanzminister *Sarkozy* und der UMP-Vorsitzende *Juppé* die Durchführung eines Referendums in Frankreich über die EU-Verfassung. Staatspräsident *Jacques Chirac* hatte am 29. April erklärt, dass er eine Entscheidung über ein Referendum nicht vor der Verabschiedung der Verfassung durch den Europäischen Rat treffen werde.

11.5. Landwirtschaftsminister *Hervé Gaymard* kritisiert die Europäische Kommission, die ihre Kompetenzen überschreite, wenn sie unilateral Handelsschranken für Landwirtschaftsprodukte abbaue. *Pascal Lamy* und *Franz Fischler*, EU-Kommissare für Außenhandel und Landwirtschaft, hatten den WTO-Mitgliedern am 8. Mai mitgeteilt, die EU plane, alle Exportsubventionen für Landwirtschaftsprodukte aufzuheben.

13.5. In Paris tritt zum dritten Mal der Deutsch-Französische Ministerrat zusammen. Beide Seiten unterstreichen ihre Position, keine Truppen in den Irak zu entsenden. Der Streit um eine mögliche Beteiligung von Siemens am französischen Konzern Alstom soll durch ein Treffen der Wirtschafts- und Finanzminister bis Ende Mai beigelegt werden. Weitere Themen sind unter anderem der Kampf gegen das organisierte internationale Verbrechen sowie eine Harmonisierung der Wirtschafts- und Sozialreformen in beiden Ländern.

15.5. Zwei Tage nach dem Besuch des haitianischen Premierministers *Gérard Latortue* in Paris reist *Michel Barnier* als erster französischer Außenminister seit der Unabhängigkeit Haitis vor 200 Jahren nach Port-au-Prince. *Barnier* sagt Haiti eine finanzielle Unterstützung von einer Million Euro zu. Drei Monate nach dem Sturz *Aristides* ist noch immer die multinationale Interimstruppe (darunter 1 000 französische Soldaten) in Haiti stationiert, die am 1. Juni von 8 000 UNO-Blauhelmen unter brasilianischem Kommando abgelöst werden soll.

16.5. In einem Bericht der Delegation der Nationalversammlung für die EU kritisiert Berichterstatter *Jacques Floch* (PS) den Rückgang des französischen Einflusses in den Institutionen der Europäischen Union. Bezüglich

der Anwesenheit im Europäischen Parlament belegten die französischen Abgeordneten in der EU-15 den vorletzten Platz. Das Gleiche gelte für die französischen Minister im Ministerrat. Ebenfalls auf dem vorletzten Platz befinde sich Frankreich bei der Umsetzung von EU-Richtlinien in nationales Recht. Auch hinsichtlich der eingeleiteten Verfahren aufgrund von Verstößen gegen EU-Recht befinde sich Frankreich in einer negativen Spitzengruppe. Als Gegenmaßnahme schlägt *Floch* unter anderem vor, aus dem beim Außenministerium angesiedelten Europaressort ein eigenständiges Ministerium zu machen.

17.5. Nach dem kritischen Bericht der parlamentarischen Kommission zur Evaluierung der 35-Stunden-Woche vom 15. April erklärt auch Staatspräsident *Chirac*, dass die 35-Stunden-Woche der französischen Wirtschaft geschadet habe. Sie behindere das Wachstum, reduziere Beschäftigung und Gehälter. Da sie jedoch schon sehr in der französischen Gesellschaft verankert und akzeptiert sei, könne sie nicht plötzlich abgeschafft, sondern müsse graduell verändert und arbeitnehmerverträglich gestaltet werden.

17.5. Im Fernsehsender „France 2“ erläutert Gesundheits- und Sozialminister *Philippe Douste-Blazy* seinen Plan zur Reform der mit 32 Milliarden Euro verschuldeten Krankenversicherung. Unter anderem soll der Patient bei einer Erkrankung künftig immer zuerst den Hausarzt aufsuchen, bevor ein Spezialist konsultiert wird. Ferner ist geplant, eine Gebühr von einem Euro pro Arztbesuch einzuführen. Insgesamt sollen die Maßnahmen Einsparungen von etwa 15 Milliarden Euro ermöglichen.

18.5. Die im Januar 2003 auf Vorschlag des Präsidenten der Europäischen Kommission, *Romano Prodi*, gegründete Arbeitsgruppe zur Zukunft Europas legt ihren Abschlussbericht vor. Die Gruppe unter der Leitung des ehemaligen Wirtschafts- und Finanzministers *Dominique Strauss-Kahn* schlägt einen 50-Punkte-Plan zur Lösung künftiger politischer, sozialer und wirtschaftlicher Probleme der EU vor. Neben einer Angleichung der Steuersysteme regt sie eine Reform des Stabilitätspaktes, die Gründung europäischer Parteien, ein Programm zur nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung sowie die Schaffung europäischer Medien an. Außer *Strauss-Kahn* gehörte auch der ehemalige Präsident der Bundesbank, *Hans Tietmeyer*, der Arbeitsgruppe an.

18.5. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt Frankreich für das Verbot des Buches „Le Grand Secret“ von *Claude Gubler* aus dem Jahr 1996. In dem Buch beschreibt *Dr. Gubler* die Krebserkrankung

des ehemaligen französischen Staatspräsidenten François Mitterrand. Frankreich hatte den Vertrieb des Buches 1996 unter anderem wegen Verstoßes gegen die ärztliche Schweigepflicht verboten. Der Gerichtshof verurteilt Frankreich nicht für das Verbot des Buches unmittelbar nach dessen Erscheinen, das gerechtfertigt gewesen sei. Dagegen sei das dauerhafte Vertriebsverbot unverhältnismäßig und entspreche keiner höheren gesellschaftlichen Notwendigkeit.

21.5. In einer gemeinsamen Erklärung in den Zeitungen „Financial Times“, „Handelsblatt“ und „Les Echos“ fordern die Finanzminister Nicolas Sarkozy, Hans Eichel und Gordon Brown eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes der EU. Zum Erreichen der Lissabon-Ziele bis 2010 müsse berücksichtigt werden, dass in den Mitgliedstaaten spezifische wirtschaftliche Rahmenbedingungen gegeben sind, die ein unterschiedliches Vorgehen bei der Bewertung des Schuldenkriteriums notwendig machen. Dies sei eine Grundvoraussetzung, um eine nachhaltige Finanzierung etwa der Renten- und Gesundheitssysteme in den Mitgliedstaaten zu garantieren.

21.5. Nach einer Umfrage der TNS Sofres für die Fondation Robert Schuman, glauben 80–90 Prozent der Franzosen, dass es sich in Europa weltweit am besten leben lasse. Des Weiteren denken 71 Prozent, dass es eine europäische Kultur gebe, für die es sich zu kämpfen lohne. 67 Prozent der befragten Franzosen glauben auch, dass die Europäische Union eine gute Institution sei.

21.5. Premierminister Raffarin teilt seinem Kabinett die wesentlichen haushaltspolitischen Ziele für das Jahr 2005 mit: Einsparungen von sieben Milliarden Euro und eine Reduzierung der Neuverschuldung unter die Drei-Prozent-Marke des EU-Stabilitätspaktes. Von den Einsparungen werde kein Ressort ausgenommen.

23.5. Der amerikanische Produzent und Regisseur Michael Moore wird auf dem Filmfestival von Cannes für seinen Film „Fahrenheit 9/11“ mit der Goldenen Palme ausgezeichnet. Zum ersten Mal seit Jacques Cousteaus „Monde de Silence“ von 1955 erhält ein Dokumentarfilmer diese Ehrung. Nach Erhalt des Preises widmet Moore die Goldene Palme den „amerikanischen und irakischen Kindern und allen, die unter den Maßnahmen der USA leiden“.

23.5. Auf dem Pariser Flughafen Roissy-Charles-de-Gaulle sterben bei dem Einsturz eines Terminals fünf Menschen, vier weitere werden verletzt. Roissy gilt als einer der modernsten Flughäfen weltweit. Der erst im

Juni 2003 eingeweihte und 750 Millionen Euro teure Terminal sollte ab 2006 die neuen A380-Flugzeuge von Airbus versorgen und jährlich zehn Millionen Fluggäste aufnehmen.

23.5. Nach 13 Jahren Amtszeit wird der Regierungspräsident des ÜberseeTerritoriums Französisch-Polynesien, Gaston Flosse (UMP), abgewählt. Nach den Wahlniederlagen der UMP in Guadeloupe und Neukaledonien ist dies die dritte Niederlage der nationalen Regierungspartei in den Überseeregionen innerhalb von zwei Monaten.

25.5. In einem Interview mit der Zeitung „Le Figaro“ erläutert der französische Außenminister Michel Barnier die Position Frankreichs bezüglich der Machtübergabe im Irak am 30. Juni 2004. Barnier drängt auf die Einhaltung des Datums sowie auf die Übertragung einer „wirklichen Souveränität“ auf die Iraker. In Sicherheitsfragen solle die Autorität zwischen den Besatzungsmächten und der irakischen Regierung geteilt sein.

25.5. Die Europäische Kommission teilt mit, dass eine Einigung mit der französischen Regierung in Bezug auf die Sanierung des Alstom-Konzerns erzielt worden sei. Die Kommission gestattet dem französischen Staat, Alstom weiterhin zu subventionieren. Im Gegenzug habe Frankreich zugesagt, binnen vier Jahren zumindest einen Industriepartner für das finanziell angeschlagene Unternehmen zuzulassen. Darüber hinaus akzeptiert die französische Regierung die Auflage, dass sich nicht, wie zunächst geplant, der staatseigene Atomkonzern Areva an Alstom beteiligt.

26.5. Der Vorstandsvorsitzende von Alstom, Patrick Kron, schließt in einem Interview mit der Zeitung „Libération“ jegliche Verbindung mit dem deutschen Unternehmen Siemens für die Zukunft aus. Schon seit längerem bemüht sich Siemens, Teile von Alstom zu übernehmen. Dabei geht es in erster Linie um das Gasturbinesgeschäft, erst in zweiter Linie auch um die Eisenbahnproduktion, die unter anderem den französischen Hochgeschwindigkeitszug TGV herstellt.

26.5. In einem Brief an die Europäische Kommission fordern der deutsche und der französische Finanzminister, Eichel und Sarkozy, eine schnellstmögliche Harmonisierung der Unternehmenssteuern in der EU. Die Einführung eines Mindeststeuersatzes, so die Minister, würde einen fairen Wettbewerb innerhalb der Union garantieren.

27.5. Staatspräsident Chirac nimmt zu der angestrebten neuen Irak-Resolution des UN-Sicherheitsrats Stel-

lung. Die irakische Regierung müsse über den Einsatz ihrer Truppen frei entscheiden können und auch ein Mitspracherecht bei den Operationen der multinationalen Besatzungsgruppe haben. Im Gegensatz zur Bundesregierung fordert Chirac auch eine zeitliche Begrenzung des Mandats für die Besatzungsgruppen. Zudem solle die im Januar 2005 zu wählende irakische Regierung die volle Souveränität in allen politischen, wirtschaftlichen, juristischen und sicherheitstechnischen Bereichen sowie bei der Kontrolle ihrer Rohstoffe haben.

28.5. Premierminister Raffarin und Wirtschafts- und Finanzminister Sarkozy sagen ein Treffen mit Bundeskanzler Gerhard Schröder und Wirtschaftsminister Wolfgang Clement kurzfristig ab, das am 1. Juni im Bundeskanzleramt hätte stattfinden sollen. Auf dem Treffen sollte der Konflikt zwischen beiden Regierungen bezüglich einer Beteiligung von Siemens am französischen Konzern Alstom beigelegt werden.

Juni

3.6. In Straßburg treffen sich der ehemalige deutsche Bundeskanzler, Helmut Kohl, und der Vorsitzende der UMP, Juppé, anlässlich einer Wahlkampfveranstaltung für die Wahlen zum Europäischen Parlament. Dies ist die dritte Wahlkampfveranstaltung während der letzten fünf Wochen, bei der sich Politiker der CDU und der UMP gegenseitig unterstützen. Anfang Mai hatte die CDU-Vorsitzende Angela Merkel an einer Veranstaltung mit Juppé in Lille teilgenommen, während dieser am 8. Mai zur Eröffnung des Wahlkampfs der CDU nach Saarbrücken gekommen war.

4.6. Auf der internationalen Konferenz für erneuerbare Energien in Bonn sprechen sich Umweltminister Jürgen Trittin und Industrieminister Patrick Devedjian dafür aus, die Energiegewinnung aus Windrädern zu fördern. Im Rahmen der deutsch-französischen Wachstumsinitiative vom September 2003 würden künftig Forschungsprojekte und Fertigungsverfahren von deutsch-französischen Firmen oder Forschungskonsortien zur Windenergienutzung gefördert werden. Auf deutschem und französischem Territorium sollten in Meernähe vermehrt Windräder gebaut werden.

5.6. Wirtschafts- und Finanzminister Sarkozy reist zu einem wirtschafts- und handelspolitischen Besuch nach Algerien. Er unterzeichnet einen Vertrag über künftige Entwicklungshilfe und trifft den vor zwei Monaten wiedergewählten algerischen Präsidenten Abdelaziz Boutefflika. Unter anderem wird Sarkozy vom Alstom-Präsidenten, Patrick Kron, sowie den Präsidenten von Bouy-

gues, Gaz de France und RATP begleitet. Allein in der Hauptstadt Algier sind 360 französische Unternehmen vertreten.

5.6. 200 000 Menschen demonstrieren in ganz Frankreich gegen die geplante Reform im Gesundheitswesen. Unter starker Kritik der Gewerkschaften und des PS hatte sich die UMP entschlossen, Einsparungen im Gesundheitssystem vorzunehmen, um die Staatsverschuldung zu reduzieren.

6.6. Staats- und Regierungschefs aus Europa und Amerika begeben in Nordfrankreich den 60. Jahrestag der Landung der Alliierten in der Normandie. Zum ersten Mal nimmt mit Gerhard Schröder auch ein deutscher Bundeskanzler an den Zeremonien teil. Bei einem gemeinsamen Gedenken in Caen unterstreichen sowohl Schröder als auch Staatspräsident Chirac die Bedeutung der deutsch-französischen Beziehungen als Grundlage für Frieden, Demokratie und europäische Integration. Im Rahmen einer deutsch-französischen Gedenkfeier erklärt Chirac, dass ein starkes und vereinigtes Europa zu mehr Stabilität und Solidarität in der Welt führen und den transatlantischen Beziehungen neuen „Elan“ geben werde. Schröder betont, dass die deutsch-französische Freundschaft zur Einigung Europas und einer besseren Weltordnung geführt habe.

8.6. Nach langen Verhandlungen wird mit Unterstützung Frankreichs die neue Resolution 1546 des UN-Sicherheitsrats für den Irak beschlossen. Obwohl der Resolutionstext Frankreichs Forderung nach einem ausdrücklichen Vetorecht für die irakische Regierung hinsichtlich Militäreinsätzen der US-geführten multinationalen Truppen nicht beinhaltet, erklärt der französische UN-Botschafter Jean-Marc de La Sablière, Frankreich habe sich in wesentlichen Punkten durchsetzen können. So erhalte der Irak nach der Machtübergabe Ende Juni die volle Befehlsgewalt über seine Streitkräfte und könne eine irakische Beteiligung an offensiven Einsätzen der US-Truppen verweigern, was ein Hauptanliegen Frankreichs gewesen sei.

9.6. Bei dem Treffen der G8 auf Sea Island in Georgia, USA, können sich Staatspräsident Chirac und US-Präsident Bush nicht über die Höhe eines eventuellen Schuldenerlasses für den Irak einigen. Insgesamt hat der Irak weltweit Schulden von 120 Milliarden Dollar, wovon ungefähr drei Milliarden Dollar auf Frankreich entfallen. Bush plädiert dafür, dem Irak alle Schulden zu erlassen, um einen schnellen Wiederaufbau zu ermöglichen. Frankreich steht diesem Vorschlag reserviert gegenüber und weist auf die umfangreichen ÖL-Vorkommen des Landes hin.

10.6. Nach einer Erhebung des französischen Erziehungsministeriums, veröffentlicht in der Zeitung „Le Figaro“, ist der Anteil der Schüler, die als Schulabschluss das Baccalauréat erhalten, von 26 Prozent im Jahr 1980 über 43,5 Prozent im Jahr 1990 bis zu 63 Prozent im Jahr 2003 angestiegen. 33,7 Prozent der Schüler des Abiturjahrgangs 2003 erhalten ein Bac général, 17,9 Prozent ein Bac technologique und 11,4 Prozent ein Bac professionnel.

13.6. Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament erzielt der PS mit 29 Prozent der Stimmen mit Abstand das beste Ergebnis. Die UMP erhält 16,5 Prozent, die unabhängig von der UMP angetretenen Souveränisten 8,3 Prozent, die UDF 12 Prozent. Im Vergleich zu den Regionalwahlen im März 2004 bleibt die Gewichtung zwischen der parlamentarischen Linken (41,5 Prozent) und der parlamentarischen Rechten (37 Prozent) weitgehend unverändert. Die stärkste Gruppe sind die Nichtwähler mit 57,2 Prozent. Als wichtigstes Argument für das gute Abschneiden des PS gilt, wie schon bei den Regionalwahlen, die Kritik der Wähler an der Reformpolitik der Regierung.

14.6. Auf einem informellen Treffen in Aachen im Rahmen des sogenannten Blaesheim-Prozesses beschließen Bundeskanzler Schröder und Staatspräsident Chirac, künftig regelmäßig bilaterale Gespräche zur Industriepolitik unter Einbeziehung von Industriellen beider Länder durchzuführen. Ferner wird die Schaffung einer Arbeitsgruppe angekündigt, die sich mit grundlegenden industriepolitischen Fragen beschäftigen werde. Außerdem steht die Vorbereitung des Europäischen Rats am 17./18. Juni, auf dem die EU-Verfassung verabschiedet werden soll, auf der Tagesordnung.

14.6. Nach der Schändung von jüdischen Gräbern Ende April in Herrlisheim (Bas-Rhin) wird auch ein muslimischer Friedhof in Straßburg mit Hakenkreuzen beschmiert. Neben den Nazisymbolen auf über 50 Grabsteinen findet sich auch eine Aufforderung, den Präsidenten des islamischen Regionalverbandes (CRCM), Abdelhaq Nabaoui, zu töten.

15.6. Der Bürgermeister von Bègles (Gironde), Noël Mamère (Les Verts), der am 5. Juni ein homosexuelles Paar getraut hatte, wird von Innenminister Dominique de Villepin für einen Monat vom Dienst suspendiert. Der Trauung waren monatelange Auseinandersetzungen über die gesetzliche Gleichstellung homosexueller Paare vorangegangen.

16.6. Gesundheitsminister Douste-Blazy legt dem Conseil des ministres einen Gesetzentwurf für eine

Gesundheitsreform vor. Durch die Reform sollen bis 2007 zehn Milliarden Euro eingespart und durch neue Einkommensquellen fünf Milliarden Euro zusätzlich eingenommen werden. Wesentliche Bestandteile der Reform sind eine Gebühr von einem Euro pro Arztbesuch, die Erhöhung der Krankenhauspauschale sowie eine Anhebung der „Contribution sociale généralisée“ (CSG), einer Abgabe zur Finanzierung des so genannten „Fonds solidarité vieillesse“ (FSV).

17.6. Bei Verhandlungen zwischen dem Wirtschaftsministerium und der Konsumgüterindustrie um Lockerungen der rigiden Vorschriften im französischen Einzelhandel verpflichten sich Einzelhandelsunternehmen wie Leclerc, Carrefour und Monoprix, eine generelle Preissenkung um 2 Prozent auf Markenartikel umzusetzen. Dies, so Wirtschafts- und Finanzminister Sarkozy, entspreche einer Erhöhung der Kaufkraft der privaten Haushalte um 0,2 Prozent.

18.6. Nachdem der Verfassungsvertrag der EU vom Europäischen Rat angenommen worden ist, äußert sich Staatspräsident Chirac bei einer Pressekonferenz in Brüssel zur Frage der Ratifikation in Frankreich. Chirac erklärt, dass es mindestens ein Jahr dauern werde, bis die Verfassung in Frankreich ratifiziert werden könne. Daher gebe es noch ausreichend Zeit, sich auf ein Referendum oder einen Parlamentsbeschluss als Weg der Ratifikation festzulegen. Nach einer Umfrage der Zeitschrift „L'Express“ von Mitte Juni sind 66 Prozent der Franzosen für die neue Verfassung.

21.6. Premierminister Raffarin stellt den Plan national santé-environnement (PNSE) vor. Das mit 85 Millionen Euro für die ersten drei Jahre ausgestattete Programm soll zu einer Verbesserung der Luft- und Wasserqualität, einer Reduzierung der durch Umweltverschmutzung ausgelösten Krankheiten und einer besseren Information der Bevölkerung über Umweltrisiken führen. Gegenwärtig werden 30 000 vorzeitige Todesfälle pro Jahr auf Umweltverschmutzung zurückgeführt.

21.6. Der Franzose Jérôme Courtailler wird in Den Haag zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt. Der zum Islam übergetretene Courtailler alias Salman soll Kontakte zu einer terroristischen Organisation unterhalten und mit Komplizen einen Anschlag auf die US-Botschaft in Paris geplant haben. Das Verfahren gegen Courtailler in Den Haag hatte Aufsehen erregt, da es zur ersten Verurteilung eines Terroristen in der niederländischen Justizgeschichte führte.

22.6. In einem Interview mit „Le Monde“ äußert sich Innenminister de Villepin reserviert zum Vorhaben des

Wirtschafts- und Finanzministers *Sarkozy*, Vorsitzender der UMP zu werden. *De Villepin* erklärt, dass es in der heutigen Zeit schwer sei, gleichzeitig ein Ministeramt und den Parteivorsitz auszuüben. Auf die Frage, ob er Ambitionen auf das Amt des Staatspräsidenten habe, antwortet *de Villepin*, dass es noch zu früh sei, um über die Präsidentschaftswahlen im Jahr 2007 zu spekulieren.

22.6. Der Rüstungsunternehmer *Serge Dassault* übernimmt 82 Prozent der Aktien des Unternehmens *Socpresse*, das unter anderem auch die Zeitungen „*Le Figaro*“, „*L'Express*“ und „*L'Expansion*“ herausgibt. *Dassault* besitzt 70 Tages- und Wochenzeitungen und erwirtschaftet damit einen Umsatz von etwa 1,5 Milliarden Euro.

22.6. Der ehemalige französische Premierminister und Vizepräsident des PS, *Laurent Fabius*, spricht sich in einem Interview mit „*Le Monde*“ gegen die am 18. Juni verabschiedete EU-Verfassung aus. Sie sei nicht mit den Grundwerten eines sozialen Europas vereinbar.

23.6. In einem Interview mit der „*Financial Times*“ und „*Les Echos*“ erklärt Wirtschafts- und Finanzminister *Sarkozy*, dass Frankreich in seiner Außenpolitik von dem

„exklusiven Dialog“ mit Deutschland wegkommen und mehr Nähe zu den anderen großen europäischen Staaten Großbritannien, Polen, Italien und Spanien suchen müsse. Die deutsch-französischen Beziehungen seien nicht mehr ausreichend, um die EU voranzubringen.

24.6. Bei einem Treffen mit dem Wirtschafts- und Finanzminister erklärt Staatspräsident *Chirac* unter Bezugnahme auf die politischen Ambitionen *Sarkozys*, dass grundsätzlich jeder Politiker eigenverantwortlich handle. Bezüglich des UMP-Vorsitzes sei allerdings ein Ministeramt mit der gleichzeitigen Ausübung des Parteivorsitzes unvereinbar. Dieses Argument war in den vergangenen Wochen bereits mehrfach von *Chirac*-Anhängern bei den innerparteilichen Auseinandersetzungen mit *Sarkozy* ins Feld geführt worden.

29.6. Staatspräsident *Chirac* reagiert empört auf die erneute Forderung des amerikanischen Präsidenten *Bush* im Rahmen des NATO-Gipfels in Istanbul, die Türkei als Mitglied in die Europäische Union aufzunehmen. *Bush* mische sich in einen Bereich ein, der ihn nichts angehe. Zugleich befürwortet *Chirac* jedoch nochmals einen EU-Beitritt der Türkei und bezeichnet ihn als unumgänglich.